



Dunkle Verbindungen

Rechte Szene und Verfassungsschutz: Wie trüb dieses Kapitel ist, zeigt sich jetzt erneut. Hammerskin-Mitglied Sokol war wohl V-Mann



Abschied eines V-Manns

ENTTARNT Mehr als 150 Skinheads trugen am Freitag den Neonazi Roland Sokol zu Grabe. Was sie nicht wussten: Sokol war offenbar Spitzel für den Verfassungsschutz – mit Kontakten bis ins NSU-Umfeld. Nun steht der Geheimdienst abermals unter Druck

VON MARTIN KAUL
UND KONRAD LITSCHKO

BERLIN taz | Mehr als 150 Kameraden sind noch einmal gekommen. Sie stehen an diesem Freitagmittag auf dem Karlsruher Hauptfriedhof, viele von ihnen mit kahlgeschorenem Kopf, tätowiert, in schwarzen Springerstiefeln, die Arme verstrickt. Sie trauern um einen der Ihren: Roland Sokol.

„Wir nehmen Abschied von unserem Freund und Kameraden. In stiller Trauer, Hooligans Karlsruhe“, hatten sie in einer Traueranzeige geschrieben. Ein Foto von Sokol zieren zwei gekreuzte Hämmer: das Symbol der „Hammerskins“, die sich als Elite der Naziskinhead-Bewegung versteht.

Roland Sokol, der Mann mit der Glatze und den prall tätowierten Unterarmen, der am 22. September an Krebs starb, war bestens vernetzt unter den extremsten Neonazis der Republik. Ein Hammerskin seit Jahren, Bassist der Szeneband „Triebtäter“, mutmaßlich Teil des verbotenen rechtsextremistischen Netzwerks „Blood & Honour“, ein Mann mit zertrütem Privatleben und einer Vorliebe fürs Boxen.

Am Sonntag um 14.40 Uhr, zwei Tage nach seiner Beerdigung, erscheint auf seinem früheren Facebook-Profil eine Botschaft: „Nachricht aus Wallhalla“. Hinter dem ironischen Gruß verbirgt sich ein Link zu einem mehrseitigen Report. Urheber ist die Freiburger Antifa, die offenbar umfassend im Umfeld Sokols recherchierte – und enthüllte, was seine Kameraden nicht wussten: Sokol war fleißiger Zuträger des Verfassungsschutzes.

Der taz liegen zahlreiche E-Mails vor, die diesen Verdacht untermauern. Das dürfte nicht nur seine alten Hooligan-Freunde aufschrecken, sondern auch die Mitarbeiter des Geheimdienstes. Denn von Sokol gibt es auch eine Verbindung zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU).

Nach Recherchen der taz hielt Sokol seit mindestens 2009 regelmäßigen Austausch mit einer Kontaktperson, die sich als „Michael W.“ ausgab. An dessen GMX-Adresse schickte er umfassende Informationen aus rechts-extremen Zusammenhängen. Dass V-Mann-Führer nicht un-



Verschwiegene Bruderschaft: ein Hammerskin mit eintätowiertem Emblem bei einem Neonazi-Aufmarsch Foto: Mark Mühlhaus/attentione/Agentur Focus

ter ihren behördlichen Adressen mit ihren Quellen kommunizieren, ist gängige Praxis. Metadaten aus dem E-Mail-Verkehr, die die taz ausgewertet hat, führen jedoch von „Michael W.“ zurück auf Serverstrukturen der Landesverwaltung Baden-Württemberg.

Jahrelang lieferte Sokol Interna aus der Szene

Über Jahre fragt „W.“ Interna aus der Szene an. Und Sokol liefert: Im August 2013 berichtet er etwa über einen Streit nach einer mutmaßlichen Veruntreuung von Geldern in der rheinland-pfälzischen NPD. Im November 2012 übermittelt er den Konzertort eines geplanten Hammerskin-Konzerts vorab: Per Reisebus soll es ins französische Toul gehen. Auch als sich 2012 die Bewegung „Hooligans gegen Salafisten“ formiert, ist Sokol im Bild.

In einigen Mails soll er mitteilen, welche Personen sich auf bestimmten Feiern oder Konzerten der Szene befanden. „W.“ schickt Sokol auch Fotos, um darauf Szeneangehörige zu identi-

fizieren. In einer Anfrage geht es etwa um Malte Redeker, den Europachef der Hammerskins, der nun auf der Beerdigung Sokols Sarg mitgetragen hat.

Die rassistische „Bruderschaft“ der Hammerskins vereint Hooligans aus ganz Europa. Sie trifft sich im Geheimen, organisiert rechte Konzerte, predigt unverhohlenen Gewalt. Seit mindestens 2012 mischte Sokol bei den Hammerskins mit – für den Geheimdienst wohl ein wertvoller Zugang in den verschwiegenen Bund.

Der baden-württembergische Verfassungsschutz äußerte sich am Wochenende auf taz-Anfrage nicht zu der Zusammenarbeit mit Sokol. Aus dem Bundesamt hieß es nur, über „Einzelheiten der operativen Arbeit“ gebe man „keine Auskünfte“.

Für die Behörde könnte die Enttarnung noch brenzlich werden. Wieder muss sich der Verfassungsschutz fragen lassen, wie nahe er am NSU-Trio dran war. Denn der untrügliche Sokol besaß auch einen Onlineshop für rechtsextreme Szenekleidung, den Patria-Ver-

Wie eng waren die Verbindungen des V-Mannes zum NSU? Nach den Anschlüssen und Morden schickte der NSU seine Bekenner-DVD nur an einen einzigen Empfänger aus der rechtsextremen Szene: an den Onlineversand von Roland Sokol

sand – und der bekam 2011 brisante Post. Als sich die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach einem missglückten Banküberfall in Eisenach am 4. November 2011 erschossen, zündete wohl Beate Zschäpe die gemeinsame Wohnung in Zwickau an. Dann soll sie 15 Bekenner-DVDs des NSU verschickt haben: an die Linkspartei in Halle, den Axel-Springer-Verlag oder das Türkische Konsulat in München. Nur ein Exemplar ging an einen rechts-extremen Empfänger: den Patria-Versand.

Die DVD erreichte laut Sicherheitsbehörden das Unternehmen angeblich am 23. November 2011, immerhin rund zwei Wochen nach Absendung. Der Versand wurde zu dem Zeitpunkt noch von Sokols Vorgänger Franz G. betrieben, auch er ein gut vernetzter Neonazi. Allerdings: Fast unmittelbar mit Eintreffen der Bekenner-DVD des NSU ging der Laden an Sokol über. Zwischen dem 4. November, dem Selbstmord von Mundlos und Böhnhardt, und dem vermeintlichen Eingang

der DVD fädelt der mutmaßliche V-Mann Sokol die Übernahme ein. Alles reiner Zufall?

Bis heute ist ungeklärt, warum der NSU als einzige rechte Adresse ausgerechnet den Patria-Versand aussuchte. Suchte das Trio einen Multiplikator für die eigene Szene? Dafür aber war der Versand nicht bedeutend genug. Oder ging die DVD womöglich an einen alten Vertrauten? War es Franz G.? Oder war es womöglich gar Roland Sokol?

Franz G. war zu dieser Frage am Wochenende nicht zu erreichen. Sokol aber kam aus jenem rechten Skinhead-Milieu, in dem sich auch Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe vor ihrem Untertauchen bewegten. Als er 1995 mit seiner Band „Triebtäter“ in Gera spielte, befand sich unter den Zuhörern auch Mundlos. Mehrere spätere Helfer des NSU-Trios kamen aus dem Spektrum der Hammerskins oder den Reihen von „Blood & Honour“, auch dies ein äußerst gewalt- und musikaffiner Neonazi-Bund. Die Unterstützer sammelten Spenden für die Untergetauchten, organisierten Wohnungen, bemühten sich um gefälschte Pässe oder Waffen.

Sokol bewegte sich im inneren Zirkel dieser extremistischen Milieus. Die Sicherheitsbehörden rechneten ihn dem „Blood & Honour“-Netzwerk zu. E-Mails, die der taz vorliegen, bestätigen seine Kontakte zu offen militanten, teils in Haft befindlichen Szenemitgliedern. Als 2011 die Existenz des NSU öffentlich wurde, schlug Sokol einem Bekannten in einer E-Mail vor: „Sollen wir ein T-Shirt machen, wo draufsteht, ‚Döner-Killer? Find ich gut!‘“. Die Mail, in der dieser Satz steht, stammt ausgerechnet vom 16. November 2011. Im selben Schreiben geht es um die Übernahme des Patria-Versands durch Sokol. Auch das nur ein geschmackloser Witz, ein dummer Zufall? Oder wusste Sokol, wie über vieles in der Szene, mehr?

Auch die sogenannten Kameraden von Sokol dürfte das interessieren. Es war „Triebtäter“, Sokols eigene Band, die einmal ihre Verachtung vor Spitzeln besang. „Über eins, das solltest du im Klaren sein, du kleines mieses Verräterschwein, Gott vergeb – wir nie!“

Die meisten Fragen aber muss nun der Verfassungsschutz beantworten. Mal wieder.

Anwalt vertrat Phantomzeugin

EKLAT Zweieinhalb Jahre lang betreute der Jurist Ralph Willms im NSU-Prozess eine Nebenklägerin, die er persönlich nie gesehen hat – und die wohl auch gar nicht existiert. Erst jetzt kam die Sache raus

BERLIN taz | Wenn am Mittwoch der Münchner NSU-Prozess in seinen 233. Verhandlungstag geht, wird ein Stuhl leer bleiben: der von Ralph Willms, Anwalt der Nebenklage.

Grund dafür ist eine schier ungläubliche Posse. Denn offenbar saß Willms in dem seit zweieinhalb Jahren laufenden Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte die ganze Zeit unbegründet im Saal. Der Eschweiler Jurist gestand am Freitag laut Spiegel On-

line, dass seine Mandantin Meral K., angeblich Geschädigte des NSU-Anschlags in der Kölner Keupstraße, „wahrscheinlich überhaupt nicht existiert“ sei. Ihre Existenz sei von einem anderen NSU-Opfer nur vorgeschätzt worden.

Um die vermeintliche Mandantin gab es schon länger Fragezeichen. Sie soll vor dem Anschlag im Juni 2004 in der Kölner Keupstraße ein Restaurant besucht und bei der Explosion der Bombe Schnittwunden erlit-

ten haben, als sie draußen stand und rauchte. So hieß es bisher.

Wiederholt war Meral K. in den Prozess geladen, um zu den Ereignissen auszusagen – zuletzt am vergangenen Dienstag. Sie erschien nie. Anwalt Willms sprach mal von einem verpassten Flug, mal sei sie auf dem Weg zum Gericht zusammengebrochen. Ob er dies alles nur erfand oder von dem anderen NSU-Opfer, das nachweislich in Köln verletzt wurde, „erfuhr“, bleibt vorerst offen.

Richter Manfred Götzl platzte jedenfalls am Dienstag der Krage. Er stellte Willms eine Frist von einem Tag, um nachzuweisen, was mit Meral K. sei. Darauf legte Willms am Freitag sein Mandat nieder und bat das Oberlandesgericht München um Entbindung aus dem Prozess. Gleichzeitig stellte er Anzeige gegen das NSU-Opfer, das ihm Meral K. „vermittelte“ – offenbar gegen eine Provision.

Warum Willms aber über zweieinhalb Jahre lang nicht

bemerkte, dass seine Mandantin „wahrscheinlich nicht existent“ ist, bleibt offen. Eine taz-Anfrage ließ der Anwalt unbeantwortet. Auch das Oberlandesgericht München äußerte sich bisher nicht zu dem Fall. Damit bleibt abzuwarten, ob Willms auch seine Tagesgelder und Reisekosten für die mehr als 230 Verhandlungstage zurückerstatten muss. Der Anwalt saß bis Januar 2014 auch für die CDU im Stadtrat Eschweiler. Er legte dieses Amt mit Verweis auf die Belastung durch den NSU-Prozess nieder.

Der Fall bringt erneut die Nebenkläger-Vertreter im Fall Keupstraße in die Diskussion. Ein Zeuge hatte vor Gericht be-

richtet, er sei von einem Anwalt regelrecht bedrängt worden, ihn als Nebenklage-Vertreter zu engagieren. Er habe das abgelehnt. Zudem versuchte im Frühjahr die Zschäpe-Verteidigung den Nebenklage-Anwalt Alexander Hoffmann auszuschließen, weil dessen Mandantin keinen „nachweisbaren Schaden“ erlitten habe. Die Frau litt unter Panikattacken, ein Arzt konnte aber keinen sicheren Zusammenhang zu dem Anschlag herstellen. Hoffmann gehört zu den engagiertesten Nebenklage-Anwälten im Prozess.

Bei dem Anschlag in der Kölner Keupstraße wurden 22 Menschen verletzt, vier davon schwer. KONRAD LITSCHKO